

Verordnung

Inkrafttreten:

01.01.2003

vom 3. Dezember 2002

zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG (Verordnung 1, Teile 1–3 der SGF)

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf Artikel 75 des Gesetzes vom 16. Oktober 2001 über die Organisation des Staatsrates und der Verwaltung (SVOG);

gestützt auf Artikel 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 14. November 2002 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG;

beschliesst:

1. Allgemeine Bestimmung

Art. 1

¹ Diese Verordnung ändert die Erlasse des Staatsrates in den Bereichen, die im Zusammenhang mit dem SVOG reorganisiert werden; sie betrifft die Erlasse der Teile 1, 2 und 3 der Systematischen Gesetzessammlung des Kantons Freiburg (SGF).

² Die Vollzugsorgane für die amtlichen Publikationen besorgen die terminologische Anpassung dieser Erlasse nach den Grundsätzen, die in den Artikeln 2 ff. des Gesetzes vom 14. November 2002 zur Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das SVOG festgelegt sind.

2. Änderungen von Erlassen des 1. Teils der SGF

Art. 2 Freiburgisches Bürgerrecht

Das Ausführungsreglement vom 8. Juli 1997 zum Gesetz über das freiburgische Bürgerrecht (BRR; SGF 114.1.11) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Departement(s)» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt(es)» ersetzen:

Art. 2 einziger Absatz

Art. 8 Abs. 1

Art. 4 einziger Absatz

Art. 10 Abs. 3

Art. 5 einziger Absatz

Art. 1 Abs. 1

Den Ausdruck «Departement des Innern (Departement)» durch «Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (das Amt)» ersetzen.

Art. 10 Abs. 1 Bst. a und e und Abs. 2

[¹ Die von der Kantonsbehörde erlassenen (...) Entlassungsentscheide werden insbesondere folgenden Behörden mitgeteilt:]

a) der Sicherheits- und Justizdirektion und gegebenenfalls der zuständigen kantonalen Behörde des Wohnsitzkantons;

e) *aufgehoben*

² *Den Ausdruck «dem Kantonalen Amt für den Zivilstandsdienst und dem Departement» durch «dem Amt» ersetzen.*

Art. 3 Einbürgerungsgebühren

Der Tarif der bei Einbürgerungen erhobenen Gebühren vom 8. Juli 1997 (SGF 114.1.16) wird wie folgt geändert:

Art. 3

Aufgehoben

Art. 4 Ausstellung der Heimatscheine

Der Beschluss vom 29. September 1981 betreffend die Ausstellung der Heimatscheine (SGF 114.1.41) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 4 (neu)

⁴ Das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen (das Amt) sorgt für die Lieferung der Heimatschein- und der Dienstformulare an die Gemeinden.

Art. 6 Abs. 2

Den Ausdruck «Justizdepartement» durch «Amt» ersetzen.

Art. 8 Aufsicht

a) Im Allgemeinen

¹ Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft führt die Aufsicht über die Ausstellung der Heimatscheine.

² Sie erlässt die nötigen Weisungen.

Art. 5 Haftvollzug im Bereich des Ausländerrechts

Das Reglement vom 8. April 1997 über den Vollzug der Haft im Bereich des Ausländerrechts (SGF 114.22.13) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Polizeidirektion» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt für Bevölkerung und Migration» ersetzen und die erforderlichen grammatischen Anpassungen vornehmen:

Art. 7 einziger Absatz

Art. 27 Abs. 2 (2x)

Art. 6 Ausübung der politischen Rechte

Das Reglement vom 10. Juli 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (PRR; SGF 115.11) wird wie folgt geändert:

Art. 7 Aufgabenteilung

¹ Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft ist für die vor den Urnengängen anfallenden Arbeiten, insbesondere für die Vorbereitung der Einberufungsbeschlüsse, zuständig.

² Die Staatskanzlei ist für die Arbeiten in Zusammenhang mit der Durchführung der Urnengänge und ihrer Auszählung, insbesondere für die Veröffentlichung der Ergebnisse, zuständig.

³ Die Direktion und die Staatskanzlei arbeiten zusammen, so dass der reibungslose Ablauf der Urnengänge gewährleistet ist.

Art. 7 Bezeichnung der Verwaltungseinheiten

Die Verordnung vom 9. Juli 2002 über die Bezeichnungen der Verwaltungseinheiten der Direktionen des Staatsrats und der Staatskanzlei (ASF 2002_078) wird wie folgt geändert:

Verordnungstitel (betrifft nur den deutschen Text)

Den Ausdruck «über die Bezeichnungen» durch «zur Bezeichnung» ersetzen.

Art. 1 Abs. 2. Bst. c

c) die Krankenpflegeschule;

Art. 2 Abs. 2 Bst. b (betrifft nur den deutschen Text)

b) die Kantonale Gebäudeversicherung;

Art. 8 Stellung und Aufgaben der kantonalen Materialzentrale

Der Beschluss vom 18. November 1985 über die Stellung und die Aufgaben der kantonalen Materialzentrale (SGF 122.21.61) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 2

Den Ausdruck «das Zeughaus,» streichen.

Art. 9 Amt für Gesetzgebung

Der Beschluss vom 14. Januar 1958 betreffend die Schaffung einer Abteilung für Gesetzgebung (SGF 122.23.41) wird wie folgt geändert:

Art. 1

Es wird ein Amt für Gesetzgebung geschaffen und der Sicherheits- und Justizdirektion unterstellt.

Art. 10 Anstellung invalider Personen

Der Beschluss vom 25. Februar 1992 über die Anstellung invalider Personen (SGF 122.70.43) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Regionalstelle» in den folgenden Bestimmungen durch «IV-Stelle» ersetzen:

Art. 3 Abs. 1 Bst. c

Art. 4 Abs. 1 und 4

Art. 3 Abs. 1 Bst. b

Den Ausdruck «Regionalstelle für berufliche Eingliederung (Regionalstelle)» durch «Kantonalen Invalidenversicherungs-Stelle (die IV-Stelle)» ersetzen.

Art. 11 Gewährung des dreizehnten Monatsgehalts für das Personal, das nicht dem GBStP untersteht

Der Beschluss vom 3. April 1990 über die Gewährung des dreizehnten Monatsgehalts für das Personal, das dem Gesetz vom 26. Februar 1987 über die Besoldung des Staatspersonals nicht untersteht (SGF 122.72.14) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Bst. b und c

Den Ausdruck «der Krankenpflegeschulen» durch «der Krankenpflegeschule» ersetzen.

Art. 12 Entschädigungen der Mitglieder der Kommissionen der Staatsverwaltung

Der Beschluss vom 28. November 1983 betreffend die Entschädigungen der Mitglieder der Kommissionen der Staatsverwaltung (SGF 122.8.41) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 2

² Arbeits- oder Studiengruppen, die von einer Direktion eingesetzt werden, werden nur auf Beschluss des Staatsrates entschädigt.

Art. 13 Personalverwaltung bei den NPM-Verwaltungseinheiten

Der Beschluss vom 10. Juli 2001 über die Personalverwaltung der Verwaltungseinheiten, die versuchsweise die Führung mit Leistungsauftrag anwenden (SGF 122.90.12) wird wie folgt geändert:

Art. 17 einziger Absatz

Den Ausdruck «Finanzplanung und Budgetkontrolle» durch «Finanzverwaltung» ersetzen.

Art. 14 Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung

Der Beschluss vom 22. Dezember 1987 über die Planung und die Anwendung der Informatik in der Kantonsverwaltung, im Unterrichtswesen und in den kantonalen Anstalten (SGF 122.96.11) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 2

Betrifft nur den französischen Text.

Art. 3 Abs. 3

³ Die Befugnisse der Universität im Informatikbereich bleiben vorbehalten.

Art. 15 Verwaltungsgebühren

Der Tarif vom 9. Januar 1968 der Verwaltungsgebühren (SGF 126.21) wird wie folgt geändert:

Art. 3

Den Ausdruck «Bezirkseinnehmereien» durch «Finanzdiensten» ersetzen.

Art. 16 Freiburgisches Grenadierkorps

Der Beschluss vom 2. Oktober 1964 zur Bezeichnung des Freiburgischen Grenadierkorps als Ehrengarde der obersten Behörden des Kantons Freiburg (SGF 129.3.31) wird wie folgt geändert:

Art. 3

Der Staat trägt die Kosten für die Munition.

Art. 17 Entschädigungen der Mitglieder der Gerichtsbehörden

Der Beschluss vom 5. Dezember 1977 betreffend die Festsetzung der Entschädigungen der Mitglieder der Gerichtsbehörden (SGF 131.0.16) wird wie folgt geändert:

Art. 9 Abs. 1 und 2

¹ Den Ausdruck «Justizdepartement» durch «Amt für Justiz» ersetzen.

² Die Sicherheits- und Justizdirektion wird beauftragt, ... (*Rest unverändert*).

Art. 18 Besoldung der Mitglieder der Friedensgerichte

Der Beschluss vom 23. Dezember 1986 betreffend die Festsetzung der Besoldung der Friedensrichter, der Beisitzer und der Schreiber der Friedensgerichte (SGF 131.5.31) wird wie folgt geändert:

Art. 4

Den Ausdruck «Das Justizdepartement ist beauftragt» durch «Die Sicherheits- und Justizdirektion wird beauftragt» ersetzen.

Art. 19 Gerichtskosten in Strafsachen

Der Tarif vom 12. Dezember 1969 der Gerichtskosten in Strafsachen (SGF 135.61) wird wie folgt geändert:

Art. 8 Abs. 3

Den Ausdruck «Justizdepartement» durch «Amt für Justiz» ersetzen.

Art. 20 Praktika und Examen für den Anwaltsberuf und das Notariat

Das Reglement vom 13. Dezember 1977 über die Praktika und die Examen für den Anwaltsberuf und das Notariat (SGF 137.12) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Departement» in den folgenden Bestimmungen durch «Direktion» ersetzen und die erforderlichen grammatischen Anpassungen vornehmen:

Art. 5 Abs. 2

Art. 6 Abs. 2

Art. 7 Abs. 3

Art. 12 Abs. 3

Art. 13 Abs. 2

Art. 14 Abs. 1 und 3

Art. 16 Abs. 2

Art. 19 Abs. 1^{bis}

Den Ausdruck «Departementsvorsteher(s)» in den folgenden Bestimmungen durch «Direktionsvorsteher(s)» ersetzen:

Art. 4 Abs. 1

Art. 16 Abs. 1

Art. 15 Abs. 1

Art. 19 Abs. 1

Art. 1 Abs. 1

Den Ausdruck «vom Justizdepartement (hiernach: Departement)» durch «von der Sicherheits- und Justizdirektion (die Direktion)» ersetzen.

Art. 17 einziger Absatz

Den Ausdruck «Abteilungschef des Departements» durch «Vorsteher des Amtes für Justiz» ersetzen.

Art. 21 Freizügigkeit der Anwälte

Die Verordnung vom 4. Juni 2002 über die provisorische Regelung der Freizügigkeit der Anwälte (SGF 137.14) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Justizdepartement» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt» ersetzen:

Art. 6 Abs. 1 Einleitungssatz

Art. 13 Einleitungssatz

Art. 7 Abs. 1 und 2

Art. 14 Abs. 1

Art. 2 Artikelüberschrift und Einleitungssatz

Zuständige Behörden

a) Amt für Justiz

Das Amt für Justiz (das Amt):

...

Art. 22 Gemeinden

Das Ausführungsreglement vom 28. Dezember 1981 zum Gesetz über die Gemeinden (SGF 140.11) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Departement» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt» ersetzen:

Art. 37 einziger Absatz

Art. 55 einziger Absatz

Art. 45 Abs. 2

Art. 57 einziger Absatz

Art. 46 einziger Absatz

Art. 36 Abs. 2

Den Ausdruck «Departement» durch «Amt für Gemeinden (das Amt)» ersetzen.

Art. 84 Abs. 1

¹ Dieses Reglement tritt am 1. März 1982 in Kraft.

Art. 23 Sicherheit der Personendaten

Das Reglement vom 29. Juni 1999 über die Sicherheit der Personendaten (DSR; SGF 17.15) wird wie folgt geändert:

Art. 15 Abs. 1, 2. Satz, und Abs. 3

¹ (...). Die besonderen Befugnisse der Universität im Informatikbereich bleiben vorbehalten.

³ *Den Ausdruck «der Informatikdienst der Universität» durch «die Universität» ersetzen.*

Art. 22 Abs. 2

² *Den Ausdruck «der Informatikdienst der Universität» durch «die Universität» ersetzen.*

3. Änderungen und Aufhebungen von Erlassen des 2. Teils der SGF

Art. 24 Zivilstandsdienst

Das Ausführungsreglement vom 2. Dezember 1986 zum Gesetz vom 27. Februar 1986 über den Zivilstandsdienst (SGF 211.2.11) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Departement» in den folgenden Bestimmungen durch «Direktion» ersetzen und die erforderlichen grammatischen Anpassungen vornehmen:

Art. 9 Abs. 2

Art. 20 Abs. 1 und 3

Art. 18 Abs. 1 und 2

Art. 29 Abs. 1

Art. 1 Abs. 2

² Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft, das Amt für Zivilstandswesen und Einbürgerungen, der Zivilstandsbeamte und die Gemeinde des Amtssitzes werden in diesem Reglement als Direktion, Amt, Zivilstandsbeamter bzw. Sitzgemeinde bezeichnet.

Art. 6 Abs. 2, 2. Satz (neu)

² (...). Die Anpassungsverfügungen werden von der Direktion erlassen und amtlich veröffentlicht.

Art. 7 Abs. 1

Den Ausdruck «Departementes» durch «Amtes» ersetzen.

Art. 11 Abs. 2

Den Ausdruck «Der Staatsarchivar» durch «Das Staatsarchiv» ersetzen.

Art. 25 Aufsicht über die privatrechtlichen Stiftungen

Die Verordnung vom 1. Dezember 1944 betreffend die Aufsicht über die privatrechtlichen Stiftungen (SGF 211.5.11) wird wie folgt geändert:

Art. 3

Den Ausdruck «Staatsrat» durch «Amt für die Aufsicht über die Stiftungen und die berufliche Vorsorge (das Amt)» ersetzen.

Art. 6 Abs. 2

Den Ausdruck «der Staatsrat» durch «das Amt» ersetzen.

Art. 11

Aufgehoben

Art. 26 Unentgeltliche Rechtspflege bei der fürsorgerischen Freiheitsentziehung

Der Beschluss vom 14. Juni 2000 über die unentgeltliche Rechtspflege bei der fürsorgerischen Freiheitsentziehung (SGF 212.5.52) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Justizdepartement» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt für Justiz» ersetzen:

Art. 7 einziger Absatz

Art. 10 einziger Absatz

Art. 27 Viehverpfändung

Der Beschluss vom 15. Januar 1918 betreffend die Viehverpfändung (SGF 214.3.41) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 1 und 2

¹ *Den Ausdruck «Das Departement der Landwirtschaft» durch «Die Direktion der Institutionen und der Land- und Forstwirtschaft (die Direktion)» ersetzen.*

² *Sie übt ... (Rest unverändert).*

Art. 8 Abs. 2

Den Ausdruck «vom Departement der Landwirtschaft» durch «von der Direktion» ersetzen.

Art. 28 Grundbuch

Das Ausführungsreglement vom 9. Dezember 1986 zum Gesetz über das Grundbuch (SGF 214.5.11) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 1

Den Ausdruck «, und zwar über deren Direktionsdienstchef,» streichen.

Art. 16 Bst. a

Den Ausdruck «des Justizdepartementes» durch «der Sicherheits- und Justizdirektion» ersetzen.

Art. 20 einziger Absatz und Art. 37 Abs. 3

Den Ausdruck «dem eidgenössischen Grundbuchamt» durch «dem Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und Bodenrecht» ersetzen.

Art. 29 Katastervermessung

Das Ausführungsreglement vom 20. Dezember 1988 zum Gesetz über die Katastervermessung (SGF 214.6.11) wird wie folgt geändert:

Art. 3 Abs. 2 Bst. b

Den Ausdruck «Justizdepartement» durch «Amt für Justiz» ersetzen.

Art. 30 Kantonales Amt für Vermessung und Geomatik

Der Beschluss vom 7. April 1999 über die Bezeichnung des kantonalen Amtes für Vermessung und Geomatik (SGF 214.6.21) wird aufgehoben.

Art. 31 Gesamtarbeitsverträge

Der Ausführungsbeschluss vom 29. Oktober 1957 zum Bundesgesetz über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (SGF 222.5.81) wird wie folgt geändert:

Art. 1

Den Ausdruck «der Direktion des Innern, Departement der Industrie und des Handels» durch «der Volkswirtschaftsdirektion, die ihre Befugnisse durch das Amt für den Arbeitsmarkt ausübt» ersetzen.

Art. 3 Einleitungssatz

Den Ausdruck «Departement für Industrie und Handel» durch «Amt für den Arbeitsmarkt» ersetzen.

Art. 32 Normalarbeitsvertrag

Der Beschluss vom 7. März 1989 über die Festsetzung eines Normalarbeitsvertrages für die Mitarbeiter im Hausdienst (SGF 222.5.91) wird wie folgt geändert:

Art. 32 Abs. 1

Den Ausdruck «Industrie-, Handels- und Gewerbe departement» durch «Amt für den Arbeitsmarkt» ersetzen.

Art. 33 Notariat

Das Reglement vom 7. Oktober 1986 zur Ausführung des Gesetzes vom 20. September 1967 über das Notariat (SGF 261.11) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Departement(s)» oder «Justizdepartement» in den folgenden Bestimmungen durch «Amt(es)» ersetzen:

Art. 3 einziger Absatz

Art. 14 Abs. 1 und 2

Art. 5 einziger Absatz

Art. 16 Abs. 4

Art. 6 Abs. 1 und 3

Art. 17 Abs. 1

Art. 11a Abs. 2

Art. 22 Abs. 2

Art. 12 Abs. 1

Art. 23 Abs. 2 und 3

Art. 13 Abs. 2

Art. 1 Abs. 1 Einleitungssatz

Den Ausdruck «Justizdepartement (nachstehend: das Departement)» durch «Amt für Justiz (das Amt)» ersetzen.

Art. 21 Abs. 1

Den Ausdruck «das Departement» durch «die Sicherheits- und Justizdirektion» ersetzen.

4. Änderungen von Erlassen des 3. Teils der SGF

Art. 34 Erleichterter Strafvollzug

Das Reglement vom 11. Juli 1986 betreffend den tageweisen Strafvollzug und den Vollzug in Form der Halbgefangenschaft (SGF 340.21) wird wie folgt geändert:

Art. 2 Abs. 2, 2. Satz

Den Ausdruck «Polizeidepartement (nachstehend: das Departement)» durch «Amt für Strafvollzug (das Amt)» ersetzen.

Art. 6 Abs. 1 und 2

¹ Die Sicherheits- und Justizdirektion (die Direktion) erlässt Weisungen ... (*Rest unverändert*).

² Das Amt entscheidet im Rahmen dieses Reglements und der Weisungen der Direktion über Gewährung, ... (*Rest unverändert*).

Art. 9 Abs. 2

Den Ausdruck «Departement» durch «Amt» ersetzen.

Art. 15 Abs. 1

Den Ausdruck «Das Departement» durch «Die Direktion» ersetzen.

Art. 35 Beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung

Der Beschluss vom 27. Januar 1975 betreffend die beratende Kommission für die bedingte Straffentlassung (SGF 340.32) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 2

² Sie gehört der Sicherheits- und Justizdirektion (die Direktion) an.

Art. 2 Abs. 1 Bst. d

Den Ausdruck «Strafanstaltsdirektoren» durch «Direktor der Anstalten von Bellechasse» ersetzen.

Art. 3 Abs. 1 Einleitungssatz und Abs. 2

Den Ausdruck «des Polizeidepartementes» durch «der Direktion» ersetzen und «Das Polizeidepartement» durch «Die Direktion» ersetzen.

Art. 36 Schutzaufsichtsamt

Das Reglement vom 10. Dezember 1973 betreffend das Schutzaufsichtsamt (SGF 340.42) wird wie folgt geändert:

Art. 1 Abs. 3 und 4

³ Es untersteht der Direktion für Gesundheit und Soziales und übt ...
(*Rest unverändert*).

⁴ *Aufgehoben*

Art. 2 Abs. 3

Den Ausdruck «Arbeitsamt» durch «Amt für den Arbeitsmarkt» ersetzen.

Art. 6

Den Ausdruck «zur Strafanstalt Bellechasse» durch «zu den Anstalten von Bellechasse» ersetzen.

Art. 37 Rechtsstellung der Gefangenenbesucher

Der Beschluss vom 18. November 1986 über die rechtliche Stellung der Besucher von Gefangenen (SGF 340.43) wird wie folgt geändert:

Ersetzung von Ausdrücken

Den Ausdruck «Justizdepartement(s)» in den folgenden Bestimmungen durch «Schutzaufsichtsamt(es)» ersetzen:

Art. 1 Abs. 1

Art. 10

Art. 7 Abs. 3

Art. 2 Abs. 1

¹ Die Bewilligung wird vom Schutzaufsichtsamt erteilt.

Art. 3

Den Ausdruck «dem Polizeidepartement,» streichen.

Art. 12

Aufgehoben

Art. 38 Einzug von Bussen

Der Beschluss vom 11. Juli 1972 betreffend den Einzug von Bussen (SGF 340.61) wird wie folgt geändert:

Art. 4 und Art. 5

Aufgehoben

Art. 39 Gefangene und Verwahrte der Anstalten von Bellechasse

Das Reglement vom 9. Dezember 1998 über die Gefangenen und Verwahrten der Anstalten von Bellechasse (SGF 341.1.12) wird wie folgt geändert:

Art. 65 Abs. 3 Bst. g

Den Ausdruck «Justizdepartements» durch «Amtes für Strafvollzug» ersetzen.

Art. 40 Bezirksgefängnisse

Das Reglement der Bezirksgefängnisse (BGR) vom 4. Juli 1995 (SGF 34. 2.11) wird wie folgt geändert:

Art. 34 Abs. 1

Den Ausdruck «Das Polizeidepartement» durch «Die Sicherheits- und Justizdirektion» ersetzen.

Art. 58 Abs. 1 und 2

Den Ausdruck «Polizeidepartement» durch «Sicherheits- und Justizdirektion» ersetzen und die erforderlichen grammatischen Anpassungen vornehmen.

Art. 41 Zentralgefängnis

Das Reglement des Zentralgefängnisses vom 6. Juli 1993 (SGF 341.2.21) wird wie folgt geändert:

Art. 6 Abs. 1, 3 und 4

¹ Dem Zentralgefängnis steht ein Direktor vor.

³ *Den Ausdruck «dem Polizeidepartement» durch «der Sicherheits- und Justizdirektion (die Direktion)» ersetzen.*

⁴ *Den Ausdruck «dem Polizeidepartement» durch «der Direktion» ersetzen.*

Art. 7 Abs. 1, 2. Satz, und 2

Den Ausdruck «Das Polizeidepartement» durch «Die Direktion» ersetzen.

5. Schlussbestimmung

Art. 42

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Der Präsident:

P. CORMINBŒUF

Der Kanzler:

R. AEBISCHER

Genehmigung

Die Artikel 6 und 24 dieser Verordnung sind am ... von der zuständigen Bundesbehörde genehmigt worden.